

MÜNDLICHE ANFRAGE MIT AUSSPRACHE O-0060/10

gemäß Artikel 115 der Geschäftsordnung

von Philippe Juvin, Damien Abad, Simon Busuttil, Ernst Strasser und Andreas Schwab im Namen der PPE-Fraktion
an die Kommission

Betrifft: Anwendung der europäischen Rechtsvorschriften über den Schutz der Privatsphäre und des Wettbewerbsrechts gegenüber Google und im Bereich der Online-Werbung

Nachdem mehrere Unternehmen, darunter Foundem (Großbritannien), Ciao (Deutschland) und ejustice.fr (Frankreich), Beschwerden eingereicht haben, wurden in den letzten Monaten die nationalen Kartellbehörden in Italien (August 2009), Deutschland (Januar 2010) und Frankreich (Februar 2010) damit befasst, zu prüfen, ob das Verhalten des Unternehmens Google möglicherweise einen Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung im Bereich der Werbung im Internet darstellt. Die Kommission hat ihrerseits vor kurzem angekündigt, sie werde die eingereichten Beschwerden prüfen, vorerst jedoch ohne eine offizielle Untersuchung einzuleiten. Es wurden Zweifel geäußert was die Neutralität der von der Suchmaschine vorgeschlagenen Suchergebnisse und seine Werbung betrifft.

Seine Macht als Suchmaschine ist für Google ein echter Trumpf, da das Unternehmen dadurch eingehende Kenntnisse der Internet-Nutzer und der Nutzung des Internet hat. Somit verfügt Google über sehr große Mengen an sensiblen und personenbezogenen Daten über die Internetnutzer, was viele europäische Bürger beunruhigt. Die britische Datenschutzbehörde (Information Commissioner's Office – ICO) hat sich ebenfalls den bereits vom deutschen Datenschutzbeauftragten vorgebrachten Kritiken zu Google Street View angeschlossen, was das Scannen von privaten WLAN-Netzen und MAC-Adressen betrifft. Dieses Vorgehen birgt insofern reale Gefahren, als Google die Daten, die es ohne Wissen der Bürger erhoben hat, mit den MAC-Adressen verknüpfen könnte, die von seinen Online-Diensten erfasst wurden, und so das Marketingprofil der Internetnutzer ermitteln könnte.

In diesem Zusammenhang fordert das Europäische Parlament die Kommission auf, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hält die Kommission es in Anbetracht dessen, dass in drei Mitgliedstaaten die nationalen Kartellbehörden befasst wurden, nicht für erforderlich, auf europäischer Ebene eine offizielle Untersuchung des Vorwurfs einzuleiten, Google missbrauche seine marktbeherrschende Stellung auf dem Online-Werbemarkt der EU?
2. Wie ist im Rahmen der Überprüfung der Richtlinie 95/46/EG¹ der Standpunkt der Kommission in Bezug darauf, dass Internet-Identifikatoren als personenbezogene Daten zu beachten sind?
3. Hält es die Kommission schließlich angesichts der Frage der Territorialität für sinnvoll und vorstellbar, auf europäischer Ebene Rechtsvorschriften zu erlassen, um den Befürchtungen in Bezug auf den Schutz der Privatsphäre und der Online-Werbung Rechnung zu tragen?

Eingang: 07.05.2010

Weiterleitung: 11.05.2010

Fristablauf: 18.05.2010

¹ ABI. L 281 vom 23.11.1995, S. 31.